

14.06.99

G - In - R

Unterrichtung

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Betäubungsmittelrechts

- Antrag des Landes Hessen -

Hessische Staatskanzlei
Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten und
Chef der Staatskanzlei

Wiesbaden, den 8. Juni 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Roland Koch

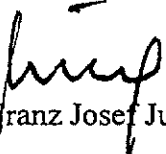
Sehr geehrter Herr Präsident,

die Hessische Landesregierung hat beschlossen, den Antrag zur

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des
Betäubungsmittelrechts (BR-Drs. 582/92)

zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Franz Josef Jung